

Tabak-Arbeiter

Nr. 10 / Bremen, den 7. März 1931

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis monatlich 40 Pf. ohne Bringerlohn. — Anzeigenpreis 50 Pf. für die viergepaltene Millimeterzelle. Schluß der Redaktion und der Anzeigenannahme Montag. Schriftleitung: Ferdinand Dahms. Verantwortlich für den redaktionellen Teil Heinrich Borax, für die Anzeigen Oswald Franz. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Ferdinand Hufung. — Druck: Bremer Buchdruckerei und Verlagsanstalt J. H. Schmalfeist & Co. Sämtlich in Bremen.

Verbandsvorstand, Redaktion und Expedition: Bremen, An der Weide 20, Telefon Amt Domsheide 20780. Geld- und Einschreibendungen an Johannes Krohn, Postfach 5349 beim Postfachamt Hamburg. Bankkonto: Bankabteilung der Großhandlungsgesellschaft deutscher Consumvereine m. b. H., Hamburg, und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Filiale Bremen. Verbandsvorsitzender: Ferdinand Hufung, Bremen, An der Weide 20. Verbandsausschußvorsitzender: E. Schöne, Hamburg, Besenbinderhof 57, Zimmer Nr. 24.

Die Anträge des R. d. 3.

- Die Bezirkszuschläge werden wie folgt herabgesetzt:
 - von bisher 4 % um 1 %
 - von bisher 8 % um 2 %
 - von bisher 10 und mehr % um 4 %
 - bei Untermain wird der Bezirkszuschlag gestrichen.
- Die Ortszuschläge in den Bezirkstarifen werden wie folgt herabgesetzt:
 - von bisher bis 4 % um 1 %
 - von bisher 5 % bis 9 % um 2 %
 - von bisher 10 % bis 14 % um 3 %
 - von bisher 15 % bis 19 % um 4 %
 - von bisher 20 und mehr % um 5 %
- Die Sonderortszuschläge bei Zeitlöhnern für das linksrheinische Gebiet im Bezirkstarifvertrag Süddeutschland werden gestrichen.
- Die Sonderortszuschläge für die höheren Gewichtsstaffeln im Bezirkstarifvertrag Brandenburg-Pommern werden gestrichen.
- Ueber eine andere Einstufung von Destringen in die süddeutsche Ortsklasseneinteilung wird bezirklich verhandelt.
- Der Gesamtlohn erhält einen Abschlag
 - bei Sortierern, Ristenmachern und Beklebern um 14 %
 - bei allen übrigen Löhnen um 12 %
- Der neue Lohn wird wie folgt berechnet:

Reichsgrundlohn (vom 1. Dezember 1927)

- + neuer Bezirkszuschlag wo vorhanden
- + neuer Ortszuschlag wo vorhanden
- + Pfennigzuschlag aus Hamburger Vereinbarung, wie seit 1. Oktober 1930 in Wirksamkeit.

Von diesem sich dann ergebenden Lohn wird der unter 3. aufgeführte Abschlag abgezogen.

- Für den Zuschlag für Erotendecke wird ein neuer Reichsgrundlohn in Höhe von 80 Pf. für Zigarren und von 40 Pf. für Zigarillos vereinbart.

- Für Beringen werden neue Reichsgrundlöhne vereinbart und zwar:

	in Sortierklasse	
	a und b	c
1/10 und 1/20 Packung	1,40	1,50
1/40 und kleinere Packungen	1,50	1,60

- Hinsichtlich Stumpfen werden folgende neue Reichsgrundlöhne vereinbart:

Für Kielzigarren mit angesteckten Binsen bis zu 16 cm Länge und Virginier mit Java-Decker bis zu 19 cm Länge und beide bis zu 9 Pfund Trockengewicht von 7 M und für Virginier mit Kentucky-Decker oder Rio Grande-Decker mit angesteckten Binsen bis zu 19 cm Länge und bis 9 Pfund Trockengewicht ein solcher von 7,25 M.

- Es wird folgende Vereinbarung getroffen:
„Die Tariflöhne verstehen sich einschließlich Wickelwenden und -pressen.“

Entscheidungen des Schlichtungsausschusses für das Rauchtabakgewerbe

In der Sitzung des Schlichtungsausschusses für das Rauchtabakgewerbe, die am 2. März 1931 in Hamburg mit den Herren Dr. Stenzel als Vorsitzender, Dr. Morgenroth (Bamberg), Rannengießer (Bremen), Winkelhoff (Hannover) als Arbeitgeberbeisitzer, und Hufung (Bremen), Wollmann (Hamburg) und Röös (Düsseldorf) als Arbeitnehmerbeisitzer stattfand, wurden folgende Fälle behandelt:

Dem Schiedsgericht lag ein Streitfall bei der Tabakfirma von Eiden (Hamburg) vor, ob ein Arbeitnehmer, der am 1. November 1930 beschäftigt war und am 31. Dezember 1930 entlassen wurde, Anspruch auf Urlaub hat.

Der Schlichtungsausschuß ist der Auffassung, da die Fassung des Tarifvertrages auch in anderen Fällen zu Meinungsverschiedenheiten Anlaß geben könnte, die Frage allgemein zu formulieren und zwar in folgender Art:

Frage: Hat ein Tabakarbeiter, der am 1. November beschäftigt war und im Laufe des Dezember entlassen wurde, Anspruch auf Urlaub?

Entscheidung: Ein solcher Tabakarbeiter hat gemäß § 3 Abs. 3, letzter Satz, Anspruch auf anteilmäßigen Urlaub.

Der Schlichtungsausschuß empfiehlt den Tarifparteien, eine völlig klare Fassung des Tarifes in dieser Hinsicht zu schaffen.

Die Firma von Eiden begründete ihren gegensätzlichen Standpunkt damit, daß sie durch die Tabaksteuergesetzgebung des Reiches gezwungen wäre, eine Anzahl Arbeitnehmer zu entlassen und deshalb die in Frage kommende Tarifbestimmung über Urlaubsgewährung durch die Gesetzgebung außer Kraft gelegt worden sei. Der Schlichtungsausschuß kann dieser Begründung nicht folgen, weil die in Frage kommenden Gesetze

keinerlei Bestimmungen enthalten, daß etwaige Tarifbestimmungen außer Kraft zu setzen seien.

In der Klage der 9 Arbeiter der Tabakfabrik C. F. Vogelsang (Bremen), Industriestraße (vgl. Schreiben an das Arbeitsgericht Bremen vom 6. Dezember 1930) gegen die genannte Firma auf Zahlung des Sonntagszuschlages für die in Schichtarbeit geleistete Arbeit in den Morgenstunden bis 6 Uhr morgens, entscheidet der Schlichtungsausschuß, daß diese bis 6 Uhr morgens geleistete Arbeit gemäß § 8 Abs. 3 mit einem Zuschlag von 10 % zu bezahlen ist.

Begründung

Die Bestimmung über Sonntagsarbeit kommt nicht in Frage, da nach der Gewerbeordnung bei Tag- und Nacharbeit der Sonntag spätestens um 6 Uhr morgens beginnen kann und diese Frist nicht überschritten ist.

Das Schiedsgericht empfiehlt auch hier den Tarifparteien, eine einwandfreiere Fassung des Tarifes herbeizuführen.

Auch die Rautabakfabrikanten wollen abbauen

Kurz vor Toresschluß, am 28. Februar, hat die Arbeitgeber-Tarifgemeinschaft für das Rautabakgewerbe den bestehenden Tarifvertrag für Nordhausen, Salza, Wansfried und Schwege zum 31. März dieses Jahres telegraphisch aufgekündigt. Ueber den Zweck dieser Kündigung dürfte es wohl nirgends Zweifel geben. Auch die Rautabakfabrikanten — die doch an der Erhaltung der Kaufkraft der Arbeiterschaft das allergrößte Interesse haben müßten und nichts tun sollten, was die Abnehmer ihrer Erzeugnisse vor den Kopf stoßen könnte — wollen die Löhne abbauen.

Das gute Beispiel

Gehaltsverzeichnis der Syndikis des R. d. Z.

Wir haben bisher die Lohnabbaubestrebungen der Zigarrenfabrikanten mit aller Schärfe bekämpft, ohne dabei die im Vordergrund des R. d. Z. stehenden Personen — die nur das ausführen und vertreten, was ihre Auftraggeber wollen — anzugreifen. Auch in Zukunft gedenken wir nicht anders zu verfahren, weil nach unserer Meinung gegen die Lohnabbaupläne des R. d. Z. sachlich so viel ins Feld zu führen ist, daß auf persönliche Angriffe ruhig verzichtet werden kann. Die nachstehende kleine Satire ist deshalb auch nicht in der Absicht geschrieben worden, persönlich verletzend zu wirken.

Wie wir erst jetzt erfahren, hatte Herr Jacubeit, Syndikus des Reichsverbandes deutscher Zigarrenhersteller und dessen Bezirksgruppe Brandenburg-Pommern, seine Kollegen von den anderen Bezirksgruppen zum 17. Februar (Fastnacht) nach Berlin eingeladen, um mit ihnen die Frage zu erörtern, ob es angesichts der sprichwörtlich gewordenen Notlage der Zigarrenfabrikanten — die schon seit Bestehen des Reichstarifvertrages von der, was ein Glück, geradezu unerschöpflichen Substanz zehren — nicht an der Zeit sei, auf einen Teil des Gehalts zu verzichten. Das einleitende Referat hatte der durch seine Butterrede bekannt gewordene Herr v. Eichenhart aus Gießen übernommen. Er vertrat in militärischer Kürze den Standpunkt, daß es den Syndikis des R. d. Z. immer noch etwas besser gehe als den Arbeiterinnen und Arbeitern der Zigarrenindustrie, und es deshalb nicht mehr als recht und billig wäre, der Zigarrenarbeiterschaft beim Lohnabbau mit gutem Beispiel voranzugehen. Sein Vorschlag ging dahin, auf 28 vom Hundert des Gehalts zu verzichten, denn das sei der gleiche Bombendruck, den seine Bezirksgruppe Hessen-Unterfranken für die Ristenmacher der höchsten Ortsklasse des Unterraingebiets gefordert habe.

Ueber diesen Vorschlag entspann sich eine lange und erregte Auseinandersetzung. Die Opposition unter Führung des Herrn Bergmann aus Mitteldeutschland wies darauf hin, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter der Zigarrenherstellung das Hungern und Darben schon gewöhnt wären und es deshalb auf etwas mehr oder weniger gar nicht ankomme. Dagegen müsse man als Syndikus einer Bezirksgruppe des R. d. Z. doch repräsentieren und standesgemäß leben. Im übrigen könnten die Befürworter des Gehaltsverzichts gut reden, denn sie hätten neben ihren Bezügen als Syndiki des R. d. Z. noch Militärpension oder Einkommen aus ihrer Tätigkeit als Rechtsanwälte bzw. als Syndiki anderer Organisationen und Körperschaften. Diese Bemerkung rief Herrn Dr. Hoffmann aus Weisfalen auf den Plan, der sich nicht nur gegen jeden Gehaltsverzicht wandte, sondern darüber hinaus noch eine Gehaltserhöhung forderte, weil die Einnahmen eines Syndiki schon bisher nicht ausreichend gewesen wären, die erforderlichen Aufwendungen zu decken.

Herr Bahls aus Süddeutschland konnte sich für einen einmaligen kräftigen Gehaltsverzicht nicht begeistern, sondern empfahl, den Gehaltsabbau auf mehrere kleine Raten zu verteilen. Es sei nämlich schwer, vorauszusagen, wie sich die Verhältnisse weiter entwickeln würden. Unter besonderer Berücksichtigung des von ihm betreuten Gebietes Nordost und der ihm gewährten Arbeitererleichterungen hat Herr Schröder aus Elbing um die Erlaubnis, über den allgemein zu beschließenden Gehaltsverzicht hinaus noch auf 5 vom Hundert seines Gehalts extra verzichten zu dürfen. Herr Dr. Koelsch aus Oberbaden schlug vor, doppelte Gehaltslisten aufzustellen, um so je nach Bedarf bald die eine, bald die andere verwenden zu können. Den Höhepunkt erreichte die Aussprache, als Herr Roellecke aus dem Bremer Bezirk eine groß angelegte diplomatische Rede hielt, ohne daß den Zuhörern klar wurde, was er eigentlich wollte.

Nachdem dann noch ein von Herrn Taubert aus Sachsen gestellter Antrag, die ganze Angelegenheit dem Reichsschiedsgericht für die deutsche Zigarrenherstellung zur endgültigen Entscheidung zu überweisen, abgelehnt worden war, einigte man sich auf einen Vorschlag des Herrn Ziervogel aus dem Rheinland, eine Kommission zu wählen, die sich mit den gegebenen Anregungen beschäftigen und am 1. April Bericht erstatten soll. Neben dem Referenten wurden in diese Kommission gewählt: Herr Beggerow aus dem Bezirk Hamburg, der nicht nur über die schlechte Finanzlage des R. d. Z., die es unmöglich macht, die bisherigen Gehälter weiterzuzahlen, Bericht zu erstatten hat, sondern im Gegensatz zu manchem seiner Kollegen auch etwas von der Zigarrenherstellung versteht. Außerdem gehört Herr Dr. Rödiger aus Schlesien dieser Kommission an, um etwa auftauchende Zweifel juristischer Art mit der ihm eigenen Sachkunde und Geschicklichkeit aus dem Wege zu räumen.

Blinder Eifer schadet nur!

Der frühere Bezirksleiter des Zentralverbandes christlicher Tabakarbeiter Deutschlands für Hessen Unterfranken, Dolle, der vor einiger Zeit — wohl um die Zigarettenarbeiter zu strafen — von seiner Organisation als Ortsbeamter nach Trier versetzt worden ist, läßt in Nr. 8 der christlichen „Tabakarbeiter-Zeitung“ seinem Unmut die Zügel schießen, weil er mit einem Antrage beim Reichsschlichtungsausschuß der Zigarettenindustrie am 16. Januar 1931 (siehe „Tabak-Arbeiter“ Nr. 6/1931) eine Niederlage erlitten hat. Niemand wird ihm das Recht beistimmen, eine Entscheidung zu kritisieren und seine abweichende Auffassung in sachlicher Weise darzulegen. Aber das Geschreibsel Dolles zeigt, daß es ihm gar nicht so sehr auf den materiellen Inhalt der Entscheidung ankommt. Er will im trüben fischen und die Kollegenchaft bei der Firma Haus Neuerburg in Trier gegen unseren Verband aufputschen, damit bei der bevorstehenden Betriebsratwahl der christliche Tabakarbeiter-Verband seinen bisher nur sehr geringen Einfluß etwas auspolieren kann. Zu diesem Zweck schreht Dolle auch nicht vor dem Mittel der persönlichen Verunglimpfung zurück.

Die freigewerkschaftlichen Beisitzer des Reichsschlichtungsausschusses, und in erster Linie den Unterzeichneten, will er für seinen Neinsfall verantwortlich machen und sie als Widersacher seiner unfehlbaren, juristischen Ideen zur Strecke bringen. Aber Dolle hat für seinen Feldzug sich doch eine zu jämmerliche Rosinante zum Kampfroß erkoren und einen zu dürftigen Fledermaß als Schwert in die Faust genommen, so daß er kaum als lorbeer-ge schmückter Sieger heimkehren wird.

Auf die Entscheidung (Nr. 52) des Reichsschlichtungsausschusses einzugehen, liegt für mich gar keine Veranlassung vor. Wie dieselbe zustande gekommen ist, weiß Dolle überhaupt nicht und ich habe keine Ursache, es ihm auf die Nase zu hängen. Mag er über das, was die Arbeiterbeisitzer im Beratungszimmer des Schlichtungsausschusses gesagt und getan haben, vermuten oder glauben, was er Lust hat; es soll sein eigener Kummer bleiben. Wenn Dolle aber ausdrücklich unterstreicht, daß an der betreffenden Sitzung drei freigewerkschaftliche Arbeitnehmer teilnahmen, so beweist er damit nur, daß er von den Dingen und den Vorgängen in der Zigarettenindustrie nicht den blassesten Schimmer hat. Seit Bestehen des Reichsschlichtungsausschusses ist zwischen den beteiligten Gewerkschaften — einschließlich des Zentralverbandes christlicher Tabakarbeiter — festgelegt, daß unser Verband als führende und ausschlaggebende Organisation zu jeder Sitzung einen ständigen Beisitzer stellt, während von den anderen 4 beteiligten Verbänden — Metallarbeiter, Buchbinder, Gesamtverband und christlicher Tabakarbeiter-Verband — abwechselnd Beisitzer zu den Sitzungen herangezogen werden. Angesichts des sehr geringen Einflusses, den der christliche Verband in der Zigarettenindustrie hat, wird er auch künftig mit dieser Regelung sehr zufrieden sein können. Würde etwa prozentual der Mitgliedschaft in der Zigarettenindustrie die Beisitzerteilnahme geregelt, so käme der christliche Verband im allergünstigsten Fall in der 100. Sitzung zum erstenmal zu einem Beisitzer.

Besonders beschwert jedoch fühlt sich Dolle dadurch, daß ich als Beisitzer in der öffentlichen Verhandlung des Streitfalles nichts gesagt, sondern nur zugehört habe, während bei einem vorhergehenden Streitfall ich sehr aktiv eingegriffen hätte. Dazu wäre zunächst zu bemerken, daß es ganz meinem eigenen Ermessen unterliegt, ob, wann und wie ich bei dem Vortrag der Parteien — mit Einverständnis des Vorsitzenden Oberlandesgerichtsrat Dr. Leitsmann — durch Fragen und Bemerkungen in die Erörterung des Streitfalles eingreifen will.

Wenn ich in der von Dolle vertretenen Sache nichts gefragt oder gesagt habe, so erstens deswegen, weil ich Mitleid mit ihm hatte. Schon von Arbeitgeberbeisitzern und dem Vertreter der Firma waren ihm ein paar recht unsanfte Nasenstöße versetzt worden, weil er anscheinend den Hauptvertrag der Zigarettenindustrie gar nicht kennt und infolgedessen auch nicht die tariflichen Voraussetzungen zur Anrufung des Reichsschlichtungsausschusses erfüllt hatte. Wäre nicht aus Loyalität ausdrücklich vom Firmenvertreter und den Beisitzern auf die Stellung entsprechender Anträge verzichtet worden, so hätte Dolle mit seiner Klage schon aus formellen Gründen abgewiesen werden müssen. Zum anderen aber hatte ich keine Ursache, mich in die Darlegungen der Parteivertreter einzumischen, weil die Ausführungen Dolles derartig ungereimt und verwirrt waren und die einfachsten rechtlichen und sachlichen Voraussetzungen einer wirksamen Klagebegründung vermissen ließen, daß jedes Zwischenfrage- und Arbeiterbeisitzer ihn nur noch konfus gemacht hätte. In meiner mehr als 10jährigen Tätigkeit im Reichsschiedsgericht der Zigarrenherstellung und im Reichsschlichtungsausschuß der

Zigarettenindustrie ist mit solch unsachliches und unverdauliches Zeug bisher kaum zu Gehör gekommen und ich habe den Deutschen Tabakarbeiter-Verband in meinem Innern aufrichtig beglückwünscht, daß Dolle nicht sein Angestellter ist.

Für Dolle wäre es richtiger gewesen, über seinen Reinfall zu schweigen, denn dann wäre außerhalb des Schlichtungsausschusses niemand auf seine Unfähigkeit gestossen. Im übrigen weiß die Zigarettenarbeiterschaft viel zu gut, daß ihre Interessen vom Deutschen Tabakarbeiter-Verband in der wirksamsten Weise vertreten werden und wer es von der Kollegenschaft in Trier bisher noch nicht gewußt haben sollte, wird es durch die Toleranzigkeit Dolles nunmehr erfahren haben. D. W e n z e l.

Der Ertrag des Danziger Tabakmonopols

Ueber 6 Millionen für den Staat

Der Aufsichtsrat der Danziger Tabakmonopol-Aktiengesellschaft hielt am 28. Februar im Beisein des Staatskommissars unter dem Vorsitz des Bankiers Bruno Hornemann eine Sitzung ab, in der die Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1930 vorgelegt und genehmigt wurde.

Aus dem sich nach Vornahme der notwendigen Abschreibungen und nach der sachungsmäßigen Zuführung zum Tilgungsfonds ergebenden Reingewinn erhält der Staat die ihm außer der Monopolabgabe von 35 Prozent vertraglich zustehende Gewinnbeteiligung in Höhe von 565 057,68 Gulden, womit sich die Gesamteinnahme des Staates aus dem Tabakmonopol für das Jahr 1930 unter Berücksichtigung der bereits gezahlten Monopolabgabe von 5 675 937,85 Gulden auf 6 240 995,53 Gulden erhöht. Der am 14. März d. J. stattfindenden ordentlichen Generalversammlung soll vorgeschlagen werden, wie im Vorjahre 12 v. H. Dividende an die Aktionäre zu verteilen, 125 000 Gulden dem Reservefonds und 431 278,85 Gulden dem Dividenden-Ausgleichsfonds zuzuführen.

Ueber die Aussichten für das neue Geschäftsjahr geht aus dem Bericht des Vorstandes hervor, daß die bisher erzielten Umsätze hinter den Vergleichsziffern des Jahres 1930 zurückbleiben, was bei dem gegenwärtigen Stand der Wirtschaft, von deren zukünftiger Gestaltung auch die weitere Entwicklung des Umsatzes abhängig sein werde, erklärlich sei.

Gau- und Zahlstellenberichte

Brotterode. Am 22. Februar fand unsere Jahreshauptversammlung statt. Kollege Schmid gab den Kassen- und Tätigkeitsbericht. Hierbei kam er ausführlich auf die Verschlechterungen der Sozialversicherung und die Erhöhung der Tabaksteuer im vergangenen Jahre zu sprechen, wodurch die Tätigkeit der Funktionäre eine vielseitige sein mußte. Die alte Ortsverwaltung wurde gegen eine Stimme wiedergewählt, weil nur ein Vorschlag, der dieses vorschlug, gemacht wurde. Mit Entrüstung nahm die Versammlung von dem tarifwidrigen Verhalten der Firma Feibelmann (Wannheim) Kenntnis, das zur Arbeitsniederlegung führte. Die Firma hatte ihren Betrieb geschlossen. Bei Wiedereröffnung bezahlte sie bei 6 Sorten bis zu 3,80 M Promille weniger. Hiergegen riefen die Arbeiter die Schlichtungsinstanzen an. Die Firma ließ ihre Sorten unter anderen Nummern als vorher tarifieren. Das Urteil der Tarifierungskommission wollte sie sofort, soweit es für sie günstig war, durch Lohnabzug vollstrecken. Es wurde ihr gesagt, daß Berufung dagegen eingelegt sei und dies vor Erledigung des Schlichtungsverfahrens nach dem Tarifvertrag nicht zulässig sei, zudem das Schlichtungsverfahren rückwirkende Kraft habe. Dies kummerte die Firma nicht, und die Folge war, daß die gesamte Belegschaft den Betrieb verließ. Die fraglichen Sorten werden nun schon mindestens 5 Jahre angefertigt, und jetzt will die Firma die Tabaksteuererhöhung durch Lohnabbau wettmachen. So etwas darf auf keinen Fall zugelassen werden. Der Kollege Schmid behandelte dann die Tarifkündigung und forderte alle auf, die Unorganisierten für die Organisation zu gewinnen, damit die geplanten Lohnabbaugefälle abgewehrt werden könnten. Folgende Entscheidung wurde einstimmig angenommen: Die heute, 22. Februar, im Jüdelbergerhof tagende ordentliche Jahreshauptversammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem geplanten Lohnabbau der Zigarettenfabrikanten. Sie beauftragt Verbandsvorstand, Beirat und Ausschuß, alles daranzusetzen, dieses zu vereiteln und illusorisch zu machen. Die Versammlung verlangt im Gegenteil, die noch bestehenden Mängel des Tarifvertrages zu beseitigen und die Löhne so zu gestalten, damit auch die Tabakarbeiterschaft endlich ein menschenwürdiges Dasein führen kann.

Heilbronn. Am 15. Februar fand im Volkshaus unsere gut besuchte Hauptversammlung statt. Der Vorsitzende Kollege Palmer gedachte der im Geschäftsjahr verstorbenen Mitglieder Adolf Brasi, Karl Müller und Lina Diem, die durch Erheben von den Sigen geehrt wurden. Der Vorsitzende betonte: das Krisenjahr 1930, dem wir keine Träne nachzuweinen haben, ging auch nicht spurlos an den Tabakarbeitern vorbei, ein großer Teil von ihnen mußte längere Zeit kurzarbeiten. Neben einer allgemeinen Hausagitation war die Tätigkeit eine umfangreiche, um die Interessen der Mitglieder zu wahren. Dem allgemeinen Lohnabbau mußte mit aller Schärfe entgegengetreten werden. Die Jahresabrechnung, welche gedruckt vorlag, wurde vom Kollegen Bayer noch

ergänzt. Die Gesamteinnahmen betragen 14 320,69 M, an den Vorstand konnten 11 529,24 M gelangt werden. An Erwerbslosenunterstützung wurden insgesamt 3619,05 M zur Auszahlung gebracht. Auch die Lotteriekasse zeigt einen guten Stand, so daß am Jahresjluß 8307,07 M zinstragend angelegte Gelder vorhanden waren. Auf Antrag der Revisoren wurde den beiden Kollegen einstimmige Entlastung erteilt. Ein Antrag, die Unterstützungsdauer der Lotteriekassentafel von 5 auf 7 Wochen zu erhöhen, wurde einstimmig angenommen. Eine Änderung in der Ortsverwaltung wurde nicht gewünscht. Da immer noch ein Teil der Tabakarbeiter keine Sonderunterstützung erhalten hat und auch einige Tabakarbeiter abgewiesen worden sind, wurde eine Kommission bestimmt, die jeden Montag von 2—4 Uhr im Gasthaus „Zum Halbmond“, Heilbronn, Bescheid entgegennimmt und weiterleitet, wobei das Mitgliedsbuch vorgelegt werden muß. Kollege Kößel berichtete über die Kündigung des Lohnabkommens in der Zigarettenindustrie und fordert alle Anwesenden auf, keinen Tag unausgenutzt zu lassen, bis auch der letzte Tabakarbeiter sich dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband angeschlossen habe. In einer längeren Aussprache wurden auch die zurzeit erdärmlichen Löhne kritisiert. Kollege Palmer erwähnte nochmals, das Gehör in die Tat umzusetzen und schloß hierauf die harmonisch verlaufene Versammlung.

Sersford. Am 12. Februar fand im „Volkshaus“ die Jahresversammlung der hiesigen Zahlstelle statt. Zunächst gab Kollege Stork den Kassenbericht, welcher in der Hauptkassette mit einer Einnahme von 9838,47 M und einer Ausgabe von 8945,10 M, und in der Lotteriekasse mit einer Einnahme von 4996,90 M und einer Ausgabe von 4460,26 M abschließt. Der Markenumsatz lasse noch zu wünschen übrig. Wenn auch die Arbeitslosigkeit im Berichtsjahre sehr groß gewesen sei, so müsse doch auf Grund einer Mitgliederzahl von gut 700 erklärt werden, daß noch eine Anzahl Kolleginnen und Kollegen ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen wären. Sodann berichtete Kollege Stork über geführten Rechtschutz am Versicherungs- und Oberversicherungsamt, sowie am Arbeitsgericht und über persönliche Verhandlungen mit den Arbeitgebern. Sämtliche Klagen seien zugunsten der Arbeiter erledigt worden, bis auf eine, wo wegen Unpfindbarkeit des Unternehmers eine Lohnsumme von 300 M verloren ging. Daß letzteres immer noch vorkomme, sei größtenteils Schuld der Arbeiter selbst, die dem Arbeitgeber immer wieder den Lohn stunden, und die Organisation erst dann zur Hilfe rufen, wenn nur noch die Unpfindbarkeit festzustellen sei. Später wurde dann noch unter Umständen erklärt, „der Verband leiste nichts“. Nachdem dann noch über die Korrespondenz des Jahres berichtet worden war, referierte Gauleiter Kollege Borchard über „Die Lage in der Zigarettenindustrie und die Sonderunterstützung für Tabakarbeiter“. Seine klaren und von Sachkenntnis zeugenden Ausführungen wurden von der Versammlung mit Beifall aufgenommen. Die anschließende Aussprache brachte dann noch einige Fragen wegen der Unterstützung usw., die vom Kollegen Borchard zufriedenstellend beantwortet wurden. Die Ortsverwaltung wurde in ihrer Gesamtheit einstimmig wiedergewählt. Nachdem Kollege Stork aufgefordert hatte, in Zukunft noch besser zusammenzuzutreten, als bisher, wurde die gut verlaufene Versammlung vom 1. Bevollmächtigten Kollegen Landren geschlossen.

Leisnig. Am 17. Februar fand im Restaurant „Neue Sorge“ unsere Generalversammlung statt. Der 1. Bevollmächtigte Kollege Lopta gab die Abrechnung vom 4. Vierteljahr 1930 bekannt, welche für richtig befunden wurde. Auf Antrag der Revisoren wurde ihm Entlastung erteilt. Hierauf verlas Kollege Lopta den Jahresbericht, aus dem zu ersehen ist, daß sich die Zahlstelle Leisnig im Jahre 1930 weiter entwidelt hat. Beitrag am Anfang des Jahres der Mitgliederstand 213, so waren es am Schluß des Jahres 264. Dementsprechend ist auch der Markenumsatz gestiegen. Während einer Geschäftsjahresplanung in der Tabakindustrie mußten im Monat März 40 Mitglieder vorübergehend entlassen werden. Kurzarbeit mußten wir ebenfalls durchmachen. An den Kurfen der Wirtschafts- und Betriebsrätschule, sowie den 2 Vorträgen bei der Hygiene-Ausstellung in Dresden, nahmen 4 Kolleginnen und 6 Kollegen teil. 9 Mitgliederversammlungen, 7 Verwaltungssitzungen, 4 Prüfungen und einige Betriebsversammlungen wurden abgehalten. Am Schluß des Jahres wurde der Filialbetrieb Haltsche infolge Tabaksteuererhöhung stillgelegt. Die Belegschaft konnte zu 95 v. H. Antrag auf Sonderunterstützung stellen, welche durch tatkräftiges Eingreifen der Ortsverwaltung ohne größere Differenzen auch bald an die Fabrikarbeiter zur Auszahlung kam. Die Heimatarbeiter mußten leider einige Wochen auf ihre Unterstützung warten, weil sich das Finanzministerium und das Landesarbeitsamt in der Auslegung der Unterstützungsparagraphen eine Extrawurst gebacken hatten. Die hierauf erfolgte Neuwahl der Ortsverwaltung ergab folgendes Resultat: Bruno Lopta 1., Martha Petrovichy 2., Mag Schlichting 3. Bevollmächtigter, Marie Müller und Paul Schütz Revisoren. In den Ortsauschüß des ADGB wurden als Delegierte entsandt die Kolleginnen Winkler und Lehmann und die Kollegen Kotte, Rebner, Schlichting und Lopta. Unter Betriebsangelegenheiten berichtet der Betriebsrat der Firma Haltsche über die letzten Differenzen bei der Firma, welche durch nochmalige Verhandlung beigelegt wurden. Unter Verschiedenes brachte Kollege Kotte den Jahresbericht vom hiesigen Ortsauschüß zu Gehör und bat die Kollegenschaft, sich auch weiterhin an der Bildungsarbeit des Kulturkartells und des Ortsauschüßes zu beteiligen.

Hanau. Am 3. März fand die Generalversammlung der Bezirkszahlstelle Hanau in Michelbach im Saale von Wilz statt. Annähernd 150 Kolleginnen und Kollegen waren dem Rufe der Ortsverwaltung gefolgt. Den Geschäfts- und Kassenbericht erstattete Kollege Ackermann. Er schilderte eingehend die wirtschaftliche Lage in unserem Bezirk. In den Orten um Hanau seien größtenteils die Kollegen ohne Beschäftigung, das drückt sich auch in unseren Kassenverhältnissen aus. Die Agitation für den Verband muß noch intensiver gestaltet werden; jeder Kollege

und jede Kollegin müsse für den Verband agitieren. Der allgemeine Versammlungsbefuch hatte sich in den letzten Monaten etwas gebessert, insbesondere sei dies bei der Protestbewegung gegen die Tabaksteuer zu beobachten gewesen. Die sozialpolitische Tätigkeit war ebenfalls sehr vielseitig, im besonderen bei der Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung usw. An Kassenbestand hatten wir am Schlusse des Quartals 1929 1264,29 M. An den Hauptortland wurden gesandt 7906,80 M. Die Einnahmen betragen 10 128,55 M., die Ausgaben insgesamt 2283,95 M., Kassenbestand 939,84 M. Die Lokaltasse weist eine Einnahme von 8780,73 M., eine Ausgabe von 8525,16 M. und einen Kassenbestand von 255,57 M. auf. Zinstragend angelegte Gelder 725,88 M. Der Wartensunjah lasse noch viel zu wünschen übrig. Hier müsse eine Umstellung erfolgen, und zwar dergestalt, daß alle Kolleginnen und Kollegen den Beitrag zahlen, den sie statutengemäß nach ihrem Verdienste zahlen müssen. Den Bericht der Revisoren ersichtete Kollege Simon. Er beantragte Entlastung unseres Geschäftsführers. Dem wurde einstimmig zugestimmt. In der Aussprache wurde hervorgehoben, daß die Tabakarbeiter um ihrer selbst willen mehr aktiv werden müssen, nicht nur um einen besseren Lohn, sondern auch um die Erhaltung unserer gesamten Sozialversicherung. Wenn jeder Kollege und jede Kollegin im Jahre 1931 nur einen Unorganisierten für den Verband gewinnt, so wird unsere Organisation gewaltige Fortschritte machen. Bei der Wiedereröffnung der Betriebe muß sofort mit der Agitationsarbeit begonnen werden. Die Ortsverwaltung wurde einstimmig wiedergewählt. Ihr gehören an die Kollegen Disser (Gr.-Steinheim) als 1., Aldermann (Hanau) als 2. und Wölfer (Kl.-Steinheim) als 3. Bevollmächtigter. Revisoren: Simon (Kl.-Aulheim). Beisitzer: Jung (Kl.-Aulheim), Lorenz (Dörnsteinbach), Köppler (Brüden), Stenger (Michelbach) und Richter (Hanau). Gauleiter Müller referierte hierauf über die Neugegestaltung des Tarifvertrages. Er betonte, daß die Unternehmer diesmal aufs ganze gingen, um die Löhne noch mehr zu senken. Auf alle Fälle müßten die Tabakarbeiter gerüstet sein, um die Angriffe der Unternehmer abzuwehren. Kollege Aldermann machte noch auf die bevorstehenden Betriebsratswahlen aufmerksam. In jedem Betrieb muß ein ordnungsmäßig gewählter Betriebsrat vorhanden sein. Listenverbindungen mit anderen Organisationen kommen für uns nicht in Frage. Auch die NSD, oder die Nazi müssen ausgeschaltet bleiben. Der Vorsitzende Kollege Disser konnte um 6 Uhr mit der Aufforderung die Versammlung schließen, das Gehörte zu beherzigen und jederzeit dem Rufe der Ortsverwaltung zu folgen.

Zastrow. Die Zahlstelle Zastrow protestiert auf das Entschiedenste gegen das Vorgehen des R. d. Z. zur Neuregelung des Lohnabkommens. Durch die am 1. Dezember 1930 in Kraft getretene Tabaksteuer ist die Erwerbslosigkeit unter den Tabakarbeitern sehr groß. Die Fabrikanten glauben nun die Zeit für gekommen, um die ohnehin schon miserable Lebenslage der Tabakarbeiter noch weiter herabdrücken zu können. Auch wenn der alte Lohnzettel bliebe, hätten die Tabakarbeiter mindestens einen 20proz. Lohnabbau infolge der Umstellung der Fassons, welche die Fabrikanten nach Inkrafttreten der Steuer durchführen. Mit Genugtuung nehmen wir davon Kenntnis, daß im „Tabak-Arbeiter“ Nr. 7 schon auf diese Rationalisierungsmaßnahmen hingewiesen wurde. Weil nun aber die Tabakarbeiter schon die am schlechtesten bezahlten Arbeiter sind, können wir es nicht hinnehmen, auf das Lebensniveau eines chinesischen Kulis herabgedrückt zu werden. Darum verlangt die Kollegenschaft von Zastrow, eine mindestens 20prozentige Lohnerhöhung als Ausgleich für die Umstellung der Fassons zu fordern. Weiter fordern wir aus Solidaritätsgefühl die Einführung der 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich; denn unsere Kollegen müssen das Vertrauen zueinander verlieren, wenn ein großer Teil voll und darüber hinaus beschäftigt ist, während der andere Teil ausgesteuert der Armenfürsorge überliefert, dem Hungertode entgegensteht. Denn nur durch Hebung des Reallohnes der schaffenden Bevölkerung wird es möglich sein, unser gemeinsames Wirtschaftsleben wieder in geordnete Bahnen zurückzuführen.

Waffenhofen. Am 22. Februar fand in der Wirtschaft „Zur Eisenbahn“ unsere diesjährige Generalversammlung statt. Wiedergewählt wurde einstimmig die seitherige Zahlstellenverwaltung, welcher volles Vertrauen ausgesprochen wurde. Der 1. Bevollmächtigte Wilhelm Koch streifte nochmals die Lohnerhöhungen im letzten Jahr und ging dann auf das neue Tabaksteuergesetz ein. Er betonte, daß wir es in der Hauptsache dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband zu danken hätten, daß die Sonderunterstützung in Anwendung komme, und richtete die Mahnung an alle Mitglieder, ihre Pflicht im Beitragszahlen zu erfüllen, damit wir den Anstürmen des R. d. Z. jederzeit gewappnet gegenüberstehen.

Westerenger. Am 18. Februar fand in Westerenger eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung statt. Als Referent war der Gauleiter Kollege Borhard (Herford) erschienen. Derselbe wies in längeren Ausführungen darauf hin, daß es hauptsächlich auf die Initiative des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes zurückzuführen sei, daß die Tabaksteuervorlage der Reichsregierung nicht Gesetz geworden sei. Nachdem aber feststand, daß eine Erhöhung des Tabakzolles nicht zu umgehen war, habe der Deutsche Tabakarbeiter-Verband sich bei der Regierung dafür eingesetzt, daß die durch die Tabaksteuer erwerbslos werdenden Tabakarbeiter nicht den beengenden Vorschriften des Arbeitslosenversicherungsgesetzes unterstellt würden, sondern daß eine großzügige Sonderunterstützung geschaffen werde. Redner erläuterte dann in längeren Ausführungen die Vorzüge der Sonderunterstützung gegenüber dem Arbeitslosenversicherungsgesetz. Des weiteren wies Redner auf die Kündigung des Lohnzittels durch den Reichsverband deutscher Zigarrenhersteller hin und ermahnte die Anwesenden, der Organisation die Treue zu halten. Der Einberufer, Kollege Wehmer (Enger), unterstrich noch kurz die Ausführungen des Referenten und schloß darauf die gut besuchte Versammlung.

Den Arbeiterkindern fehlt die Sonne

Trotz allen Fortschritten in der Technik, der Wissenschaft, der Wohnungskultur usw. ist die große Masse der Arbeiterschaft nach wie vor gezwungen, im dumpfen Einerlei dahinzuleben. Die Kinder der Hand- und Kopfarbeiter erhalten in ihrer Jugend sehr wenige Eindrücke von den Schönheiten des Lebens und der Kultur. Die Lehrerin der in Berlin kürzlich wegen Ermordung des Uhrmachers Ulbrich verurteilten Luise Neumann macht in der „Brücke“ des „B. Z.“ über die sonnenlose Jugend der Arbeiterkinder nachfolgende Ausführungen:

Die allzu früh erwachende und sich betätigende Erotik des proletarischen Kindes hat vielfach seinen Grund in diesem Mangel an Sonne. Und noch eins: das Großstadtkind wird innerlich und äußerlich krank an der Großstadt selbst. Gerade das Arbeiterkind ist der Natur entfremdet und hungert dabei nach Luft, Licht und Sonne. Wie viele Kinder kommen außer Schulausflügen und „Beschickung“ (und diese tritt doch nur für die besonders elenden ein) niemals in die Natur hinaus! Als ich die Klasse in der Schule im Weddingbezirk übernahm, fragten die Kinder gleich am ersten Tag: „Machen Sie auch mit uns einen Ausflug?“ „Ausflüge“ standen im Mittelpunkt ihrer Sehnsucht. Alle Kinder lieben ja Ausflüge; aber solche Begeisterung und Dankbarkeit, solchen Jubel wie bei den Weddingkindern, wenn ein Ausflug geplant wurde, habe ich in anderen Bezirken weder vorher noch nachher erlebt. Ein gutes Zeichen für unsere Arbeiterkinder, eine Anklage gegen unsere Gesellschaft. Es bleibt auf jeden Fall bestehen, daß die Gefahr für das proletarische Kind groß ist und fast unentrinnbar, wenn es sich um ein innerlich unentwickeltes, infantiles, willensschwaches Kind handelt. Das wird so, wie man es beeinflusst. Es geht den dunklen Weg, wenn es auf ihn gestoßen wird; es geht einen hellen, geraden Weg, wenn man es an die Hand nimmt und mit ihm geht.

Bekanntmachungen

Am 7. März ist der 10. Wochenbeitrag fällig

Folgende Gelder sind eingegangen:

20. Februar. Peterswaldau 40.—
 21. Kl.-Krohenburg 200.—, Kalw 200.—, Peisterwitz 100.—, Nordhausen 700.—
 22. Schöneck 650.—, Enger 500.—, Spenge 250.—, Frankenheim 20.—, Trier 450.—
 23. Gießen 300.—, Altlukheim 250.—, Waldorf 300.—, Mennighüffen 400.—, Heidelberg 1000.—, Wintersdorf 900.—
 24. Kirrlach 77.40, Udernach 20.—, Münster 20.38, Elbing 2500.—, Jauer 100.—, Salungen 114.45.
 25. Landsberg 100.—, Pölzig 150.—, Leisnig 500.—, Magdeburg 600.—
 26. Gießen 310.60, Hanau 123.20, Trier 59.40, Berlin 300.—
 Bremen, den 3. März 1931. J. Krohn.

Ortsbeamter gesucht!

Für die Verwaltungsstelle Bremen des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes wird zum 1. April 1931 ein Ortsbeamter gesucht.

Bewerber, die eine mindestens 5jährige Verbandszugehörigkeit nachweisen können, rednerisch befähigt und in arbeitsrechtlichen und sozialpolitischen Fragen bewandert sind, sowie sämtliche Tarife der Tabakindustrie beherrschen, wollen ihre Bewerbung mit selbstgeschriebenem Lebenslauf und einem Aufsatz über die organisatorischen und agitatorischen Aufgaben eines Ortsbeamten bis zum 21. März 1931 an Wilhelm Wiemten, Bremen, An der Weide 20 II, einsenden.

Gummiwaren

Hygien Artikel. Preis. T 2 gratis. „Medicus“
 Berlin SW 68, Alle Jacobstraße 8

Gibt ausgelesene

„Tabak-Arbeiter“
 an unorganisierte Kollegen
 und Kolleginnen weiter!



Billige böhmische Bettfedern!

Nur reine, gutfüllende Sorten. Ein Kilo graue, geschliss. 2.50 M, halbweiße 3 M, weiße 4 M, bessere 5 M, 6 M, daunenweiche 7-M, 8 M, beste Sorte 10 M, 12 M, weiße, ungeschlissene Ruoffedern 6.50 M, 7.50 M, beste Sorte 9.50 M. Versand franko, zollfrei gegen Nachnahme. - Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet.

Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 245 bei Pilsen (Böhmen)

Die Gewerkschaften beim Reichspräsidenten

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Gewerkschaftsrings deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-Verbände sind unter der Führung von Theodor Leipart am 26. Februar beim Reichspräsidenten vorstellig geworden, um ihm in einer Aussprache die ernststen Besorgnisse der Gewerkschaften über die Lage der deutschen Arbeitnehmerschaft und die Not der Erwerbslosen vorzutragen. Einleitend führte der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Theodor Leipart, folgendes aus:

Wir erscheinen vor Ihnen als Vertreter von 5 1/2 Millionen organisierten Arbeitern und 1 1/2 Millionen organisierten Angestellten. Wir sprechen aber nicht nur im Namen unserer fast 7 Millionen Mitglieder, sondern im Namen der 12 Millionen Arbeitnehmer, für die unsere Verbände Tarifverträge abgeschlossen haben und deren Interesse sie zu schützen berufen sind. Wir sprechen also im Namen von mehr als einem Drittel des erwerbstätigen Volkes, im Namen der Hälfte der städtischen Bevölkerung. Wir vertreten vor Ihnen jene Schicht deutscher Bürger, die von der gegenwärtigen Krise am schärfsten und am peinlichsten betroffen sind. Ende Januar waren 34,5 v. H. unserer Mitglieder arbeitslos, weitere 20 v. H. arbeiteten verkürzt, und weniger als die Hälfte waren noch voll beschäftigt. Durch unseren Mund sprechen also auch die fünf Millionen Arbeitslose, auf deren trostlose Lage wir Ihre Aufmerksamkeit lenken und für die wir Ihre Hilfe anrufen möchten.

Wir haben lange gezögert, Ihre Zeit für uns in Anspruch zu nehmen. Wir waren und sind überzeugt, daß die große Sorge der Arbeitslosigkeit, die alle mitfühlenden Herzen in der ganzen Welt erfaßt hat und alle sozial denkenden Menschen bedrückt, auch eine der größten Sorgen Ihres hohen Amtes ist. Wir glaubten deswegen es nicht nötig zu haben, unsere Not und unsere Klagen Ihnen erst noch vorzutragen. Aber die Lage ist von Woche zu Woche, von Monat zu Monat immer bedrohlicher geworden. Die Last der Verantwortung, die wir für das Schicksal der arbeitenden Bevölkerung insgesamt und für die Arbeitslosen im besonderen zu tragen haben, dieses Gefühl der Verantwortung auch für die Zukunft des ganzen Volkes ist es, das uns heute hierher geführt hat.

Wir wissen natürlich, daß die jegige große Arbeitslosigkeit eine internationale Erscheinung ist, daß ihre Ursachen nicht im eigenen Lande allein zu suchen sind, daß es sich um eine schwere Wirtschaftskrise in der ganzen Welt handelt. Wir wissen auch und nehmen darauf Rücksicht, daß die deutsche Wirtschaft und das deutsche Volk vor anderen Völkern

vorbelastet ist durch die schweren Reparationslasten. Diese Lasten sind nicht die eigentliche, zum mindesten nicht die einzige Ursache der Krise in Deutschland, wie manche es uns weismachen möchten. Aber sie haben natürlich zur Verschärfung der Lage in Deutschland wesentlich beigetragen. Wie scharf die Krise in Deutschland wütet, habe ich bereits angeführt. Besonders verzweifelt sieht es unter der Arbeitnehmerschaft in Ostpreußen und Pommern aus, wo Ende Januar 48 bis 49 v. H. unserer Mitglieder arbeitslos waren. Nicht viel besser ist auch die Beschäftigung in Schlesien, Sachsen und Mitteldeutschland. Nicht nur die Bauberufe weisen eine noch nicht dagewesene Arbeitslosigkeit von 70 bis 80 v. H. auf, sondern auch in vielen Industriezweigen gibt es heutzutage mehr Arbeitslose als Beschäftigte. In der Tabakindustrie waren Ende Januar 58,5 v. H. arbeitslos und weitere 18,6 v. H. arbeiteten verkürzt. In der Textilindustrie sind nur 33,1 v. H. noch voll beschäftigt, im Holzgewerbe 35,5 v. H., unter den Schuhmachern nur noch ganze 12,7 v. H.

Ich darf, Herr Reichspräsident, in einem kurzen Wort darauf hinweisen, welche Gefahr für Staat und Gesellschaft sich hier entwickelt hat und sich immer weiter vergrößern wird, wenn der Arbeitslosigkeit nicht endlich gesteuert wird. Es besteht auch eine große Gefahr für die Zukunft der deutschen Wirtschaft, von der wir wissen, daß sie sich nur mit Qualitätsarbeit der ausländischen Konkurrenz gegenüber behaupten kann. Es ist aber klar, daß der Arbeiter, der jahrelang an der Ausübung seines Berufes gehindert ist, seine Berufsfertigkeit und Berufstüchtigkeit und damit auch natürlich die Eignung zum Qualitätsarbeiter verlieren muß. Und wie ist nun die wirkliche Lage der Arbeitslosen? Nur ein Drittel von ihnen erhält noch in vollem Umfange die Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung. Zwei Drittel sind angesichts der langen Dauer ihrer Arbeitslosigkeit ausgesteuert und auf die dürftige Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge angewiesen. Wir fühlen uns verpflichtet, vor Ihnen besonders im Namen dieser unserer Volksgenossen das Wort zu nehmen.

Aber auch die Arbeiter und Angestellten, die in den Betrieben stehen, fühlen sich von zwei Seiten durch die ungeheure Krise getroffen. Erstens leben sie unter der ewigen Furcht bevorstehender neuer Entlassungen; weiterhin fühlen sie den gewaltigen, nach ihrem Dafürhalten durch nichts gerechtfertigten Druck auf ihren Arbeitslohn. Schon Anfang 1930 legte der stillschweigende Lohnabbau in den meisten Wirtschaftszweigen ein. Im Laufe des vergangenen Jahres sahen die Arbeitnehmer ihre Löhne und sonstigen übertariflichen Verdienste allmählich absinken. Die Einkommensabzüge, die die Lohnempfänger infolge des Ausfalls

Mutter und Tochter

Skizze aus dem Alltag von Max Spanier

Frau Raesten fuhr in die Stadt, um ihre Tochter Minna zu besuchen. Sechs lange Jahre hatte sie ihr Kind nicht mehr gesehen, und die Zeit hatte ihre Sehnsucht mächtig geballt. Nun sah sie im Zug, lachte in die goldenen Felder und wiegte sich in Erinnerungen. Sie hat schlimme Zeiten hinter sich, wer weiß, was aus ihr geworden wäre, wenn ihr ihre Tochter nicht geholfen hätte. Das wollte sie ihr nie vergessen. Sie war krank gewesen, hatte nicht arbeiten können und war auch Minna nicht selbst gekommen, ihre Geldbriefe waren am Ersten stets pünktlich eingetroffen. Das war das Wichtigste. Schließlich verdiente sie selbst nicht viel, mußte sich den ganzen Tag hinter der Theke des Warenhauses plagen und ärgern. Oft hatte Frau Raesten ihr Kind eingeladen, aber Minna hatte stets Ausflüchte vorgeschoben. Das mußte seinen Grund haben. Weil ihr Kind nicht zu ihr kam, ging sie zu ihm. Wenige Jahre würde sie nur noch leben, und sie wollte nicht aus der Welt gehen, ohne ihre Tochter noch einmal zu sehen.

Nach sechs langen Jahren lagen sich Mutter und Tochter in den Armen. Die Mutter ärmlich, gebückt, in einem schabigen schwarzen Mantel, und einen altmodischen Kapotthut mit zwei riesig langen Bändern, die Tochter im schlanken Jackett, die Wangen gepudert, die Lippen ein wenig gefärbt, mit einem eleganten Seidenhut, vornehm, geschmackvoll. War das ihr Kind? Wie hatte sie es sich anders vorgestellt! Eine elegante Dame war Minna geworden, vor der sie sich zurückgesetzt fühlte. Hätte sie nicht gewußt, daß dies ihre Tochter war, wäre sie fremd an ihr vorübergegangen.

Die Tochter fragte nach der Mutter Wohl, nach tausend Dingen ihres Alltags, nach Bekannten im Dorf. Es hatte sich dort inzwischen viel verändert, Mädchen sich verheiratet, Freunde waren gestorben, Frau Raesten staunte, daß Minna dies alles nicht wußte. Vor dem Bahnhof wollte Minna ein Auto nehmen. Die Mutter erschrak. Ein Auto. Nie in ihrem Leben war sie Auto gefahren. Sie drohte, wie kann man so verschwenderisch sein. Dann mollen wir eine Droschke nehmen. Frau Raesten mehrte ab. Es ist weit, Mutter. . . Es ist egal, wir haben Zeit, und das Geld wollen wir sparen.

Vor einem stattlichen Haus mit einer breiten Freitreppe, an dessen Seiten zwei Tulpen prangten, hielten sie. „Hier wohne ich.“ Die Mutter bestaunte ihre Tochter und schwieg. Ein kleines Zimmer öffnete sie mit bezaubernden Düften, molligen Stühlen und herrlichen Bildern. Auf dem Tisch standen kleine Mokkatäfelchen aus farbigem Porzellan, Döschen mit gepressten Blumen. Da lagen echt silberne Köffel und in der Mitte ein Kuchen mit echtem Schokoladenguß.

„Komm, Mutter, hier aufs Sofa, tüchtig essen. Das habe ich alles für dich gebacken.“

In Ueberfülle von Liebe und Zärtlichkeit bediente sie ihren hohen Besuch. Die Mutter aß langsam und bedächtig. Der Kuchen war gut, der Kaffee war gut und dennoch schmeckte es ihr nicht recht. So vornehm hatte sie sich die Wohnung ihrer Tochter nicht vorgestellt. Sie bangte vor diesem Reichtum, wenn sie an ihre ärmliche Stube dachte.

„Tankest du noch so gern?“, fragte sie, um etwas zu fragen.

„Nein, Mutter“, lachte Minna erinnerungsvoll, „diese Zeiten sind vorbei. . .“

an Arbeitsstunden und der Kürzung der *Arbeitslöhne* zu tragen haben, übersteigen um ein Vielfaches die Opfer, die man den Festbesoldeten aufzuerlegen für billig hält. Und nach diesem „*fakten Lohnabbau*“ begann dann der Angriff der Unternehmer auf die *Tariflöhne*, dem die Reichsregierung ihre Unterstützung leiht und die die Arbeitnehmer als eine große Ungerechtigkeit empfinden.

Bis jetzt wurde dieser zweite Lohnabbau für rund drei Millionen durchgeführt, in den nächsten Monaten stehen aber neue gewaltige Tarifbewegungen in den verschiedenen Berufen bevor, und die Arbeitnehmer haben das Gefühl, daß sie bei diesen Auseinandersetzungen mit den Unternehmern, bei diesem Generalangriff auf ihre Löhne und Gehälter, auf die Lebenshaltung ihrer Familien, nicht den Schutz der staatlichen Macht finden, auf den sie glauben, wie alle anderen Berufsschichten einen berechtigten Anspruch zu haben.

Deshalb haben wir, die Vertreter aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten, unsere Wünsche an Sie, Herr Reichspräsident, und unsere Vorschläge in einer gemeinsamen Erklärung aufgestellt, die ich die Ehre habe, Ihnen hiermit vorzutragen.

Die unterzeichneten Spitzenorganisationen der Arbeiter und Angestellten möchten die Aufmerksamkeit des Herrn Reichspräsidenten auf die überaus bedrückte Lage der deutschen Arbeitnehmer richten. Bei aller Würdigung der schwierigen Lage anderer Berufsschichten bleibt doch unbestreitbar, daß Not und Elend nirgends so groß sind wie bei den fünf Millionen Erwerbslosen und deren Familien. Aber auch die Lebenshaltung der Arbeitenden ist so stark eingeschränkt, daß Arbeitsfähigkeit und Arbeitswille, Gesundheit und Wirtschaft des deutschen Volkes darunter aufs schwerste leiden.

Unsere größte Sorge ist die um das Schicksal der unfreiwillig Arbeitslosen. Vornehmste Gegenwartsaufgabe ist die Wiedereinführung dieser Millionen in den Produktionsprozeß. Die bisherigen Maßnahmen haben sich als unzulänglich erwiesen; einige davon, in erster Linie die vielfach schematisch durchgeführte Lohnsenkung als schädlich. Nicht zuletzt in Auswirkung der die Kaufkraft verringern den Lohnsenkung ist die Zahl der Arbeitslosen gestiegen. Die Einstellung der von den deutschen Unternehmern und amtlicherseits getriebenen Lohnsenkungspolitik ist eine der ersten Voraussetzung zur Gesundung der Wirtschaft und zur Beruhigung der deutschen Arbeitnehmer. Wir anerkennen, daß die schwierige Lage der deutschen Wirtschaft und der Arbeitnehmer auch durch Ereignisse herbeigeführt worden ist, die zu beseitigen außerhalb der für Deutschland gegebenen Möglichkeiten liegt. Um so mehr ist notwendig, daß innerhalb der uns gezogenen Grenzen mit äußerster Energie an der Beseitigung aller Störungen der Wirtschaft gearbeitet wird. Das ist unserer Auffassung nach noch nicht im erforderlichen Ausmaße geschehen.

Soweit der Abbau der Preise in Frage kommt, vollzieht er sich langsamer als die Senkung der Löhne und Gehälter. Auf weiten Gebieten ist ein Zurückgehen der Preise noch kaum sicht-

bar. Hier liegen noch unausgeschöpfte Möglichkeiten zur Konsumbelegung. Die Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand wird gehemmt durch Zuständigkeitsstreitigkeiten zwischen den beteiligten Verwaltungen, die sich praktisch als Erschwerung der zuzufälligen Arbeitsbeschaffung auswirken und deshalb beseitigt werden müssen. Die Erhöhung des Inlandsverbrauchs als eines der bedeutendsten Mittel zur Steigerung des Beschäftigungsgrades bedingt auch nach unserer Meinung eine kaufkräftige Landwirtschaft, deren Schutz aber innerhalb der Grenzen zu bleiben hat, die von der Rücksicht auf unseren industriellen Export und auf die Lebenshaltung der breiten Massen gezogen werden müssen. Wir sehen uns deshalb genötigt, darauf hinzuweisen, daß die gegenwärtig vorliegenden agrarpolitischen Mängel über diese Grenzen teilweise weit hinausgehen und u. E. abgelehnt werden müssen. Bis zur vollen Beschäftigung des deutschen Produktionsapparates muß, um einen größeren Teil der unfreiwillig Arbeitslosen wieder in geregelte Tätigkeiten zu bringen, die Arbeitszeit wesentlich verkürzt, möglichst auf regelmäßig 40 Stunden gesenkt werden. Die dazu notwendigen Voraussetzungen sind unter Sicherung der Massenkaukraft mit größter Beschleunigung herbeizuführen.

Als eine unbedingte Notwendigkeit sehen wir die Erhaltung eines rechtlich gesicherten Anspruchs auf ein Existenzminimum für die arbeitslosen Volksgenossen an. Voraussetzung dazu ist die Erhaltung der Arbeitslosenversicherung mit gesicherter Leistungsfähigkeit und die ausreichende Finanzierung einer anschließenden Fürsorge.

Mit besonderem Nachdruck erlauben wir uns die Aufmerksamkeit des Herrn Reichspräsidenten auf die Angriffe zu lenken, die gegen die tarifvertragliche Regelung der Arbeitsverhältnisse, das Schlichtungswesen einschließlich der Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen und gegen die Sozialversicherung geführt werden. Die deutsche Arbeitnehmerschaft kann und darf nicht dulden, daß ihr Mitbestimmungsrecht bei der Gestaltung der Arbeitsverhältnisse und das Anrecht auf gesetzlich gewährleisteten Schutz im Falle unerschuldeter Leistungsunfähigkeit angetastet wird. Die Spitzenverbände der Arbeitnehmer haben den dringenden Wunsch, daß alle Schritte, die zur Verringerung der Not der deutschen Arbeitnehmer erforderlich sind, im Einverständnis mit allen daran beteiligten Kreisen mit Beschleunigung durchgeführt werden. Die deutschen Arbeitnehmer haben seither stärkste Opfer gebracht. Sie müssen es aber, als dem Gesamtwohl widersprechend, ablehnen, im Mißverhältnis zu anderen Volksschichten über ihre Kraft hinaus mit den Folgen der wirtschaftlichen Krise belastet zu werden.

Von einer ausführlicheren Begründung im einzelnen — so schloß Leipart seine Ausführungen — möchte ich der Kürze halber absehen, würde es aber mit Freude begrüßen, wenn Sie gestatten würden, daß in einer nachfolgenden Aussprache der eine oder andere meiner Kollegen vielleicht noch das Wort ergreifen dürfte.

„Wo hast du das schöne Medaillon her?“

„Als ich kurze Zeit hier war, lernte ich auf einem Ball einen jungen Mann kennen. Wir verstanden uns und wurden gute Freunde. Zwei lange Jahre. Eines Tages blieb er aus. Ich weiß nicht warum . . .“

Die Mutter sah, wie sich das Gesicht der Tochter schmerzvoll verzog und ergriff mitleidsvoll deren Hände. „Hab Mut — Gott wird dich schützen.“

Als am andern Morgen die Uhr acht schlug, sagte die Mutter: „Nun mußt du gehen, Minna.“

„Ich habe mir heute freigegeben lassen.“

„Das hättest du nicht tun sollen.“ Die Mutter bettelte, bat und ruhte nicht, bis ihr Minna versprach, zur Arbeit zu gehen. Inzwischen wollte sie die Stuben in Ordnung bringen, und wenn Minna am Abend wiederkäme, stände der Tisch gedeckt. Sie würde schon für alles sorgen.

Nun war sie allein in der vornehmen eleganten Wohnung. In dem Lehnstuhl kamen ihr sonderbare Gedanken. Die Wohnung war kein Dauerheim, war ein Auszug ins Sonntägliche. Dann mußte man umkehren. Daß sich ihre Tochter hier wohl fühlte, begriff sie nicht. Am Nachmittag kam ihr ein glücklicher Einfall. Sie wollte ins Warenhaus gehen und ihre Tochter überraschen.

Langsam schlenderte sie durch die menschengesüllten Straßen. Vor dem Warenhaus hielt sie, schaute bewundernd zu dem mächtigen Gebäude empor und musterte glückstrahlend die unendlichen Dinge in den Schaufenstern. Wie mußte ihr Kind in diesem Hause glücklich sein! Vor dem Türhüter machte sie eine tiefe

Verbeugung. Alle Gänge, alle Stockwerke durchlief sie, lächelte zu all den fleißigen Mädchen, vergebens, ihre Tochter fand sie nicht. Sie erinnerte sich eines Briefes . . . Ich bin jetzt in der Puzabteilung. Auch dort war ihr Suchen erfolglos. Sie fragte eine Verkäuferin. Das Mädchen lächelte verlegen. Sie erinnere sich . . . vor vielen Jahren . . . Wo sie jetzt sei, wisse sie nicht, aber bestimmt nicht im Warenhaus. Dabei vermied das Mädchen, die Mutter anzusehen. Die Mutter verspürte Angst, Tränen füllten ihre Augen. Die Mädchen steckten die Köpfe zusammen und kicherten. Hohn und Spott überfiel die arme Frau.

Sie warf sich, Erlösung suchend, in den tollen Menschen-schwarm, der flutend die Straßen durchrann. Durch unbekannte Gassen, über Kinderspielplätze, an alten Häusern vorüber . . . sie mußte selbst nicht, wohin sie ging. Innerer Aufruhr trieb sie. Dann kehrte sie zur Hauptstraße zurück. Menschen und Menschen, sie flogen tanzend vorüber.

Vor ihr schritt eine Dame im schlanken Jackett, die Wangen zart, die Lippen rot, die Brauen schwarz . . . sie blieb stehen, lächelte einem Herrn zu. Noch einige Mädchen mit geschminkten Gesichtern in elegantem Putz standen auf dem Trottoir. War das ihre Tochter? Die Mutter erschrak, zitterte . . . Ja, nein, nein, nein . . . Von Angst gepackt, eilte sie durch die Straßen, ruhte erst, als sie allein auf einem grünen Rasen stand. Stundenlang saß sie auf der Bank, stierte in den Sand und konnte nicht denken, der Kopf schmerzte ihr, sie mußte nicht, ob ihr Herz noch schlug.

Die fallende Dämmerung, die langen Schatten der Bäume trieben sie heimwärts.

Minna war bereits zu Hause. Sie sei etwas früher aus dem Geschäft gegangen. Die Mutter nickte. Der Abendtisch war be-

Der Reichspräsident erteilte darauf das Wort an Imbusch, der treffende Worte über die Unmöglichkeit sagte, der Landwirtschaft jetzt durch Zollerhöhungen und ähnliche Maßnahmen eine Gefälligkeit zu erweisen, die zur Folge haben müßte, daß die Lage der Arbeitslosen und der gesamten Arbeitnehmer durch Verteuerung der Lebenshaltung noch weiter verschlechtert würde. Außerdem würde das Ausland sicher zu Gegenmaßnahmen greifen, so daß auch der Export von Industrieerzeugnissen geschädigt und die Zahl der Arbeitslosen abermals vermehrt würde.

Kollege Leipart fand Gelegenheit, die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung noch einmal hervorzuheben. Er vermied darauf, daß durch die gewaltige Vermehrung des Angebots sowohl der menschlichen wie der maschinellen Arbeitskräfte die Lage sich gewaltig geändert habe gegenüber der Zeit, als der Achtstundentag zum Gesetz erhoben wurde. Sollen die Arbeitslosen überhaupt wieder beschäftigt werden, so bleibe nur die Verkürzung der Arbeitszeit übrig.

Grafmann sprach eindrucksvoll gegen die Politik der Lohnsenkung. Aus einer Rede des Reichsarbeitsministers Stegerwald ist erwähnenswert, daß er mehrfach mit starker Betonung erklärte, er würde an dem Kern der Tarifverträge, an dem Kern des Schlichtungswesens, an dem Kern der Sozialversicherung während seiner Amtszeit nicht rütteln lassen. Aber, fügte er hinzu, es gebe auf diesen Gebieten eine Anzahl Inflationerscheinungen und Unausgeglichenheiten, die noch beseitigt werden müßten.

Reichskanzler Brüning bemerkte zum Schluß, er wolle gegen über irreführenden Mitteilungen in der Öffentlichkeit heute schon sagen, daß die Ermächtigung, die die Regierung in dem neuen agrarpolitischen Gesetzesentwurf vom Reichstag verlange, nicht so gedacht sei, daß die Regierung nun sofort Zollerhöhungen durchzuführen beabsichtige. Vielmehr solle jede eventuelle Zollerhöhung davon abhängig sein, daß die Landwirtschaft zuvor gewisse Bedingungen auf dem Gebiete der Selbsthilfe erfülle, so auf dem Gebiete der Rationalisierung, der Standardisierung, der Verkaufsorganisation durch Ausbau des Genossenschaftswesens usw. Erst nach Erfüllung dieser Bedingungen werde die Regierung von der Ermächtigung eventuell Gebrauch machen.

Dann beendete Reichspräsident Hindenburg die Unterredung, indem er betonte, daß er für die Aussprache dankbar sei, daß er die Sorge der Vertreter der Gewerkschaften teile und daß er und die Reichsregierung das Notwendige und Mögliche tun werden, um zu helfen.

Kolleginnen und Kollegen werbt unermüdetlich für den Verband!

reits gedeckt. Zögernd, um ihre Tochter nicht zu beleidigen, aß sie die guten Bissen, dabei betrachtete sie immerfort das Gesicht ihrer Tochter. Ihr war es, als müsse sie sprechen, sich verraten — Mutter — das ist deine Tochter. Aber das Gesicht Minnas lächelte heiter und vergnügt. So viel brannte ihr auf dem Herzen, drängte sie zu sagen und kein Wort brachte sie hervor. Tränen traten aus den tiefen Höhlen und rollten über die zersurchten Wangen.

„Du weinst, Mutter . . .“

„Es ist Freude, Minna . . . wie schön es bei dir ist. Aber weißt du, zu Hause fühle ich mich wohler.“ Sie versuchte zu lächeln. „Ja, ich möchte nach Haus.“

„Jetzt schon?“

„Versteh mich . . . wenn man alt wird . . . man paßt nicht mehr in die Welt. . . . Und sie setzte es durch, daß sie noch am selben Abend zurückfuhr. Minna begleitete sie zum Bahnhof. Als sie sich trennten, sagte die Mutter, indem sie beide Hände der Tochter drückte, Tränen traten dabei aus ihren Augen: „Wie freue ich mich, daß es dir gut geht.“

Alles andere verschwieg sie, nahm sie mit in ihre Einsamkeit.

Das Kräuterweiblein

Von Anna Siemsen

Zu mir kommt allwöchentlich ein altes Weiblein. Zweiundsechzig ist sie, wie sie selber sagt. Aber sie könnte viel älter sein, so runzlig, wetterzerbissen und wetterverfärbt ist ihr Gesicht, so krumm ihr Rücken, so knochig und verkrümmt sind ihre Hände.

Die Berufstätigkeit der Frauen in einigen Industrieländern

Frankreich zählte im Jahre 1921 in der Industrie 2 460 240 Frauen. Davon waren 45,7 Prozent ledig, 36,4 Prozent verheiratet, 16,6 Prozent verwitwet oder geschieden. Im Handel waren 1 002 937 Frauen beschäftigt, davon 36,2 Prozent ledig, 44,3 Prozent verheiratet, 18,5 Prozent verwitwet oder geschieden. Die Zahl der Industriearbeiterinnen hat in Frankreich seit 1906 um 100 000 zugenommen, und zwar nur auf Kosten der Verheirateten oder verheiratet Gewesenen. Die Zahl der Ledigen ist fast gleich geblieben.

Deutschland meist nach der Berufsstatistik 1925 11,4 Millionen hauptberuflich tätige Frauen und 1,15 Millionen nebenberuflich tätige Frauen auf. Nahezu ein Drittel, 3,6 Millionen der hauptberuflich beschäftigten Frauen, sind verheiratet. Außerdem steht noch 1 Million verwitweter oder geschiedener Frauen im Ermerbsleben. Wie sehr die Erwerbsarbeit der verheirateten Frauen auch in Deutschland zugenommen hat, beweist, daß die Zahl der verheirateten erwerbstätigen Frauen seit 1907 schneller gewachsen ist als die Gesamtzahl der Erwerbstätigen. Wie sehr die wirtschaftlichen Verhältnisse der Berufsarbeit der verheirateten Frau bedingen, zeigt der Vergleich zwischen der Berufsarbeit der Ehefrauen der Arbeiter und der der Angestellten. Jede fünfte Ehefrau eines Arbeiters steht heute im Berufsleben, bei den Angestellten und Beamten nur jede zehnte Frau.

England hatte im Jahre 1921 über 5 Millionen berufstätiger Frauen, davon waren 1,1 Millionen oder 22 Prozent verheiratet oder verheiratet gewesen. Mehr als ein Drittel dieser Frauen sind in der Industrie beschäftigt. In den Angestelltenberufen sind 17 Prozent der berufstätigen Frauen verheiratet oder verheiratet gewesen.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika waren im Jahre 1920 8,5 Millionen Frauen gegen Entgelt beschäftigt. Von den weißen Amerikanerinnen sind 19,7 Prozent erwerbstätig, von diesen nur 19,4 Prozent verheiratet. Bei den Negerinnen sind 43,1 Prozent berufstätig, von diesen 45 Prozent verheiratet. Die amerikanische Statistik stellt insgesamt 2 Millionen berufstätiger verheirateter Frauen fest. Im Jahre 1890 war jede 22. verheiratete Frau erwerbstätig, im Jahre 1920 jede elfte, und 1929 schätzt man, daß jede vierte verheiratete Frau einem Beruf nachgeht. Dabei zählt die amerikanische Statistik die verwitweten und geschiedenen Frauen zu den Ledigen. Die Zahl der weiblichen Berufstätigen in der Industrie wuchs von 1910 bis 1920 um 7 Prozent, die der Verheirateten um 41 Prozent.

In Oesterreich waren, nach der Berufszählung von 1923, in fünf Bundesländern (leider liegen für die übrigen Länder die Berechnungen nicht vor) rund 900 000 Frauen berufstätig. Aus

Sie hat immer eine Kiepe bei sich. Daraus holt sie im Winter „Rapünzchen“, den Feldsalat, der in Thüringen wild auf der Feldern wächst. Den sucht sie sich in stundenweitem Wandern talab und hügel auf. Sie hätte das gar nicht nötig, sagt sie selbst. Sie hat Kinder und Enkel. Bei ihnen hat sie jahrelang gewohnt. Kinder gehütet, Essen gekocht, Strümpfe gestopft. Aber der Kleinbäuerin gefiel das schlecht. Sie war das Leben und die Arbeit im Freien gewohnt. Und „man will doch gern seine Sache für sich haben.“ So wohnt sie jetzt in zwei Stübchen allein, hat ihr sehr kleines Ausgedinge, ein paar Gartenbeete, ein paar Hühner, eine Ziege. Und sie wandert Tag für Tag bei gutem und schlechtem Wetter und sammelt — Feldarbeit kann sie nicht mehr tun —, was auf den Hügelabhängen und in den Talgründen, im Buschwald, auf Weiden und Brachfeldern das Jahr so bringt, und was sich gut verkaufen läßt.

Das ist viel mehr, als man denken sollte. Im Winter sind es die „Rapünzchen“, die alle ihr gern abnehmen. Im Frühjahr sticht sie in den Wiesen die zarten Sprossen des Löwenzahns aus. Die geben einen guten Salat. Dann kommt der Sommer und es gibt vielerlei Beeren: Erdbeeren, Blaubeeren, Preiselbeeren, und im Herbst ist die reichste Ernte an Pilzen vom alltäglichen Pfifferling bis zum vornehmen Champignon und Reizker. Und natürlich die Blumen. Denn Thüringen hat viele Blumen und viele Blumenliebhaber.

Es ist gar nicht solch trauriges Leben, das mein Kräuterweiblein führt, obschon es ärmlich und mühselig genug ist. Sie wandert gern. Sie kennt und liebt Regen und Sonnenschein und freie Luft. Und sie kennt und liebt vor allem die Wälder und Felder mit allem, was darauf gedeiht. Und sie ist nicht die einzige, die so als Sammlerin sich ihr bißchen Nahrung holt. Es gibt manch

der österreichischen Statistik ist nicht ersichtlich, wie viele der berufstätigen Frauen verheiratet waren. Nach der Berufszählung von 1910 waren 41 Prozent ledig, 44,7 Prozent verheiratet und 14,5 Prozent verwitwet oder geschieden. Vergleichsziffern stehen leider nicht zur Verfügung.

In den übrigen Ländern ist fast durchweg eine Zunahme der Erwerbsarbeit der verheirateten Frauen zu verzeichnen. Ist dieses Anwachsen der Frauenarbeit nicht auch als ein Zeichen der Zeit zu werten? Sicher steht ein Teil der Frauen im Erwerbsleben, für den das Streben nach Selbständigkeit, die Liebe zum Beruf ausschlaggebend sind. Dies ist jedoch ein verschwindend kleiner Teil. Die Masse der verheirateten Frauen ist erwerbsfähig, um das für den Lebensunterhalt Notwendigste zu erwerben.

Geburtenbeschränkung und Arbeitslosigkeit

Im Rahmen seiner Untersuchungen über die internationalen Ursachen der Arbeitslosigkeit hat das Internationale Arbeitsamt seinem Arbeitslosenausschuß auch eine Denkschrift von Prof. Herich über Bevölkerung und Arbeitslosigkeit vorgelegt. Diese Denkschrift ist deshalb von besonderem Interesse, weil nicht zuletzt auch in den Kreisen der Arbeiterschaft die Auffassung vertreten ist, eine Geburtenbeschränkung sei geeignet, künftigen Arbeitslosenkrisen vorzubeugen. In der Tat hat die rasche Bevölkerungsentwicklung in der Welt und insbesondere in Europa da und dort zu der bängigen Frage Anlaß gegeben, ob die Reichtümer der Welt ausreichen, die Bedürfnisse einer ständig wachsenden Bevölkerung zu befriedigen. Im 19. Jahrhundert hat sich die europäische Bevölkerung von 200 auf 400 Millionen erhöht. Dabei sind noch nicht die zahlreichen Auswanderer berücksichtigt, die mit ihrer Nachkommenschaft die überseeischen Kontinente bevölkerten. Im Jahre 1910 überschritt die Bevölkerungszahl Europas bereits 447 Millionen. Trotz des Weltkrieges, der in Europa Menschenverluste von 24 Millionen forderte, belief sich die Zahl der europäischen Bevölkerung im Jahre 1920 auf 450 Millionen. Sie dürfte im Jahre 1930 die Grenze einer halben Milliarde erreicht haben. So wird binnen kurzem die Bevölkerungszahl Europas sich gegenüber der Bevölkerung vom Jahre 1800 verdreifacht haben.

Inwieweit hat nun diese Entwicklung der Arbeitslosigkeit den Boden bereitet? Nehmen wir die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Niemand wird behaupten können, daß eine Ueberbevölkerung dieses reichen Landes dort die Ursache der katastrophalen Arbeitslosigkeit ist. Die durchschnittliche Bevölkerungsdichte beträgt 15 Einwohner auf 2 Quadratkilometer, gegenüber 49 in Europa. Noch weniger kann von einer Ueberbevölkerung Australiens oder Neuseelands geredet werden, wo 5 Einwohner auf

1 Quadratkilometer kommen, Länder, die auch von der Arbeitslosigkeit nicht verschont wurden. Andererseits kann festgestellt werden, daß gerade in den Ländern, in denen sich eine wachsende Arbeitslosigkeit fühlbar macht, die Bevölkerungsbewegung eine sinkende Tendenz aufweist. Man darf auch nicht vergessen, daß der Mensch nicht nur als Arbeitnehmer auf dem Markte erscheint, sondern gleichzeitig auch Verbraucher ist. Soweit die Bevölkerungszahl an sich als Faktor der Arbeitslosigkeit in Frage kommt, ist nicht ihre absolute Höhe maßgebend, sondern die Verteilung der Arbeitskräfte. Reiche und dünn bevölkerte Länder schließen sich künstlich gegen die Einwanderung ab, und diese Einwanderungsbeschränkungen oder gar Einwanderungsverbote gehören mit zu jenen schädlichen Maßnahmen der Weltpolitik, die sich leider nicht nur auf die Bevölkerungsbewegung beschränken, sondern neben die unsinnige Zollpolitik, die ungleichmäßige Kapitalverteilung und alle anderen Maßnahmen gesetzt werden müssen, die sich für die Welt so nachteilig auswirken.

Selbstverständlich kann die heutige Arbeitslosigkeit nicht durch Aufhebung der Einwanderungsbeschränkungen beseitigt werden. Aber die Freizügigkeit der Menschen wird in der künftigen Weltpolitik eine der notwendigsten Maßnahmen sein, um solche Krisen, wie die gegenwärtige, zu verhüten. Allerdings hat die Freizügigkeit nur dann einen Sinn, wenn die Einwanderer nicht als Lohndrücker der heimischen Arbeiter erscheinen, sondern als organisierte Kollegen, die bereit sind, mit den Einheimischen für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen zu kämpfen. Von welcher Seite auch die Arbeitslosigkeit betrachtet wird: immer klarer tritt die Erkenntnis in Erscheinung, daß zahlreiche Maßnahmen wirtschaftlicher und sozialer Art in internationalem Ausmaße zusammenwirken müssen, um eine gerechte Verteilung des immer größer werdenden Reichtums und damit Brot und Arbeit für alle zu schaffen.

Die gewerkschaftliche Kräfteverteilung in Westdeutschland

In Westdeutschland hat die christliche Gewerkschaftsbewegung ihre Hauptdomäne. Dennoch haben die freien Gewerkschaften nach wie vor einen großen Vorsprung. Im Landesarbeitsgerichtsbezirk Rheinland-Westfalen haben die Gewerkschaften des ADGB 564 499 Mitglieder, die christlichen Gewerkschaften verfügen über einen Mitgliederbestand von 379 568 und die Hirsch-Dunckerschen über einen solchen von 58 400. Von den in Westdeutschland vorhandenen Gewerkschaftsmitgliedern von rund einer Million gehören demnach 56,4 v. H. den freien, 37,9 v. H. den christlichen und 5,7 v. H. den Hirsch-Dunckerschen Verbänden an.

alte Männlein und Weiblein, die es ihr gleich tun. Und wie viele Kinder tun diese Arbeit. Kaum eine Bauernfrau kommt auf den Wochenmarkt, die nicht neben ihrer Ernte aus Obst und Gemüse, Eiern und Butter solche Sammelfrüchte hat, wenn es auch nur ein paar Bündel Brunnenkresse sind, oder ein paar Sträußchen Märgenbecher.

Wer nicht mehr oder noch nicht die volle schwere Landarbeit tun kann unter diesen Kleinbauern, der hilft, indem er sammelt, „was uns von selbst zuwächst.“

So hält sich hier mitten in unserer modernen Wirtschaft, die so kompliziert und rationalisiert ist, ein Stückchen ganz uraltester Menschenarbeit an den Rändern dieser unserer entwickelten Kultur. Denn alle Menschenarbeit hat ja so angefangen mit Sammeln. Und es gibt heute noch kleine Ueberreste solcher Urkultur im Innern Australiens, in den Steppen und Buschwäldern Südafrikas, auf manchen entlegenen Inseln des Ozeans, wo Menschenhorden als „Sammeler und Jäger“ umherziehen. Während da die Männer mit Bogen und Pfeil oder mit Bumerangs vor allem Tiere jagen, machen es die Frauen nicht anders, als mein Kräuterweiblein. Sie suchen Kräuter und Beeren, Pilze und Knollen, wie das unser aller Bräutchen vor Jahrtausenden oder Jahrzehntausenden getan haben.

Wir können heute noch an einigen anderen Völkern beobachten, wie aus diesem Sammeln langsam der Ackerbau entstanden ist. Man steckte Knollen und Runken in die Erde, die man mit Stöcken lockerte. Man säte Samen, und nach ein paar Wochen und Monaten kam man wieder vorbei an dieser Stelle, um nachzusehen, was aus dieser Arbeit geworden war. So wurden Beete und Gärten im Walde. Aus den Gärten wuchsen

Felder. Aus den Sammlerinnen wurden Frauen, die Hackbau trieben. Und nun ging unaufhaltbar weiter: zur festen Siedlung, zur Ackerwirtschaft, zu Handwerk und Dorfwirtschaft, zur Stadt, und schließlich in langen Jahrtausenden zu unserer technisch so vollkommenen Zivilisation. Felder und Wiesen fraßen den Wald und die Steppe. Das Privateigentum fraß das Gemeinrecht aller an allem, was auf der Erde wächst. Heute muß sich sogar das Kräuterweiblein einen Erlaubnischein holen, wenn sie ihre Kräuter und Kapuzinchen sammeln will. Und was früher die Nahrung der Menschen war, das ist jetzt eine hübsche Abwechslung und Zugabe geworden, wenn wir unserer allzu zivilisierten Nahrung müde sind.

Sammeln und Jagen, die Hauptnahrungsquellen der Menschen sind nur noch Randbeschäftigungen sehr verschiedener Art. Ein Luxus der Reichen und Vornehmen und durch Jahrhunderte gepflegtes Herrenrecht dieses; jenes die Arbeit und letzte Hilfsquelle der ganz Armen und Hilflosen.

Nur unsere Kinder, die machen keinen Unterschied. Wie sie in ihren Spielen sehr viel allerälteste Menschenarbeit und Sitte aufbewahren, so auch hier. Wenn die Jungen mit „Flitzbogen“ schießen, wenn die Mädchen Beeren sammeln gehen so ahmen sie die allerälteste Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern nach und durchleben im Spiele das Leben vergangener Jahrtausende.

Wein Kräuterweiblein aber würde wohl sehr erstaunt sein, wenn ich ihr sagte, daß ihr Kapuzinchen sammeln der Anfang gewesen ist für die ganze große Arbeit der menschlichen Zivilisation, und also genau so vornehm wie die Hirsch- und Wildschweinjagden von weiland Kaiser Wilhelm. Genau so vornehm, aber weitaus nützlicher, menschlicher, liebenswerter.